

Vortrag an den Ministerrat

EU; Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten am 10. Mai 2021; Bericht

Am 10. Mai 2021 fand in Brüssel eine Tagung des Rates für Auswärtige Angelegenheiten (RAB) statt. Die Tagesordnung umfasste die Punkte Laufende Angelegenheiten, Westbalkan und Transatlantische Beziehungen.

Unter dem Tagesordnungspunkt Laufende Angelegenheiten wurden vom Hohen Vertreter und Vizepräsidenten der Europäischen Kommission (HV/VP), Josep Borrell, die Sahelregion, globale Gesundheit, Afghanistan, Russland, Iran/JCPOA, die palästinensischen Wahlen, der Libanon, Belarus, die Zypern-Gespräche, Hongkong sowie die Modernisierungsabkommen mit Mexiko und Chile und die Zukunftskonferenz angesprochen.

In der Diskussion zur globalen Gesundheit verwies ich auf den gemeinsamen Besuch mit dem Kommissar für Erweiterung und Nachbarschaft, Oliver Várhelyi, in Bosnien und Herzegowina anlässlich der Lieferung der ersten Tranche von Impfdosen. Insgesamt habe Österreich die koordinierte Impfhilfe der EU von 651.000 Dosen für die sechs Westbalkanländer übernommen. In diesem Zusammenhang hob ich die große Verantwortung der EU gegenüber ihrer Nachbarschaft, insbesondere dem Westbalkan hervor. Auch die östliche und südliche Nachbarschaft brauche die Unterstützung der EU, das europäische Narrativ in diesen Regionen müsse gestärkt werden.

Zu Belarus habe ich auf den rezenten Besuch von Svetlana Tikhanovskaya in Wien verwiesen und die Bedeutung der fortgesetzten Unterstützung für die Zivilgesellschaft in Belarus betont. Österreich werde hier weiter eine sehr aktive Rolle spielen, um die demokratischen Stimmen in Belarus zu stärken. Neben gezielten Sanktionen gegen das Regime, brauche es auch eine Perspektive für die Bevölkerung.

Zum Tagesordnungspunkt Westbalkan betonte HV/VP Josep Borrell, dass die Glaubwürdigkeit der EU in den letzten Monaten gelitten habe und die EU handeln müsse, um den Westbalkan nicht zu „verlieren“. Der Wirtschafts- und Investitionsplan für den Westbalkan müsse so bald wie möglich umgesetzt, die ersten Erweiterungskonferenzen mit Nordmazedonien und Albanien abgehalten, die Beitrittsprozesse mit Montenegro und Serbien beschleunigt, der Reformprozess in Bosnien und Herzegowina eng begleitet und die Bemühungen des EU-Sonderbeauftragten Miroslav Lajčák, den Belgrad-Pristina-Dialog wieder in Gang zu bringen, entschlossen unterstützt werden. Die EU-Mitgliedstaaten stimmten mit dieser Einschätzung größtenteils überein und äußerten die Sorge, dass die EU an Hebelwirkung in der Region verloren, die Pandemie das geopolitische Spannungsfeld verstärkt und sich der Einfluss von Russland und China in der Region vergrößert habe. Deshalb sei es an der Zeit, die Erweiterungsagenda politisch wieder voranzutreiben und das EU-Engagement in der Region zu verstärken.

In der Diskussion zum Tagesordnungspunkt Transatlantische Beziehungen stimmten die EU-Mitgliedstaaten und HV/VP Borrell überein, dass die guten Kontakte und die europafreundliche Haltung der neuen US-Administration genützt und rasch an konkreten Ergebnissen gearbeitet werden müsse. Als prioritäre Themen wurden dabei insbesondere Multilateralismus, Sicherheitsfragen, außenpolitische Themen (u.a. Iran/JCPOA, China, Russland) sowie Handel, Technologie und Energie genannt.

Unter Sonstiges verwies Frankreich auf die Vorbereitungen des Gipfeltreffens zur Finanzierung der afrikanischen Wirtschaftsentwicklung am 18. Mai 2021 in Paris. Spanien erklärte, dass die Zusammensetzung der neuen Nationalen Wahlbehörde in Venezuela als erstes vorsichtig positives Signal bewertet werden könne, und befürwortete eine Evaluierungsmission zur Überprüfung, ob die Bedingungen für Entsendung einer Wahlbeobachtungsmission erfüllt seien.

Der Rat nahm Schlussfolgerungen zu Horn von Afrika sowie zu Sicherheit und Verteidigung an.

Zusätzlich wurden [u.a.] vom Rat angenommen:

- Beschluss des Rates über den Abschluss eines Abkommens mit Norwegen über die Änderung der Zollkontingente der EU in der WTO-Liste nach dem Brexit
- Durchführungsbeschluss des Rates zur Ermächtigung Kroatiens, Gasöl, das zum Antreiben von Maschinen für die humanitäre Minenräumung verwendet wird, von der Steuer zu befreien

- Beschluss des Rates über den Standpunkt der EU im Internationalen Getreiderat hinsichtlich der Verlängerung des Getreidehandels-Übereinkommens von 1995

Ich stelle daher den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

16. Juli 2021

Mag. Alexander Schallenberg, LL.M.
Bundesminister